Nagra setzt nur noch auf zwei Standorte

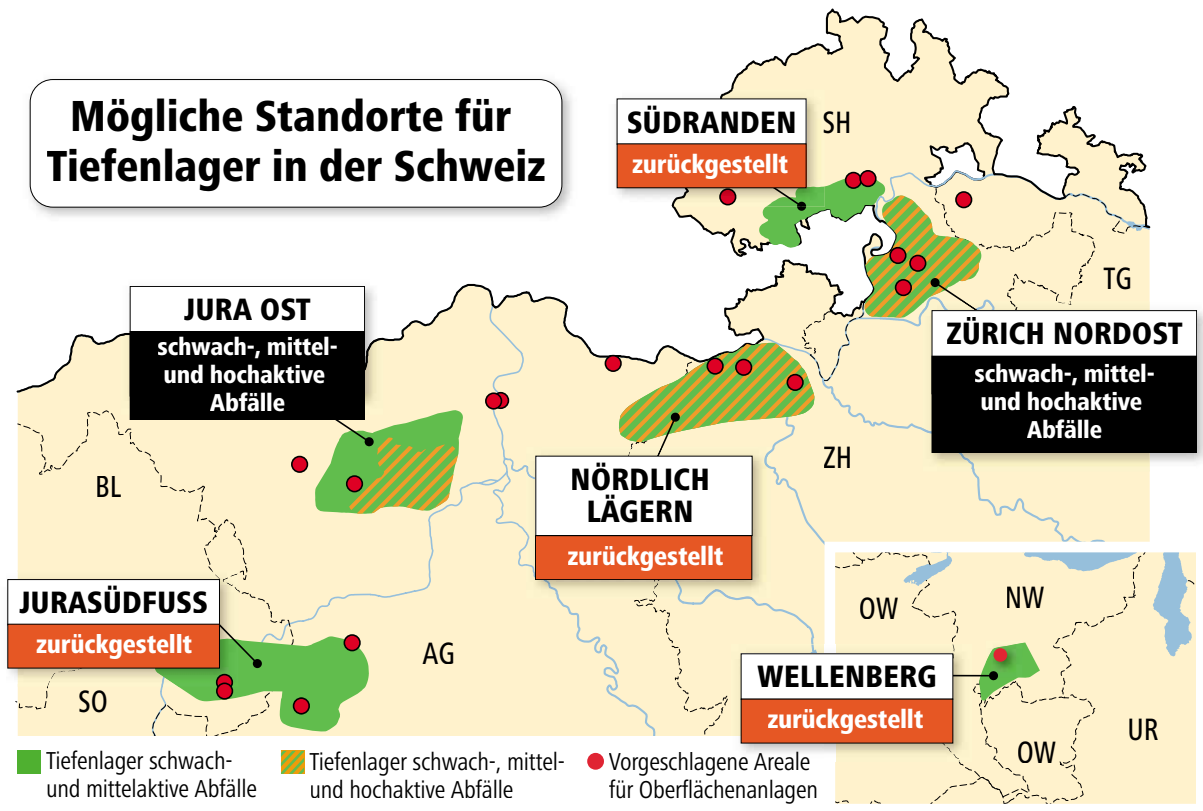
ATOMABFALL Jura Ost und Zürich Nordost bleiben vorderhand im Rennen. Diese Eingrenzung stösst in den betroffenen Gebieten auf Kritik.

KARI KÄLIN
kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

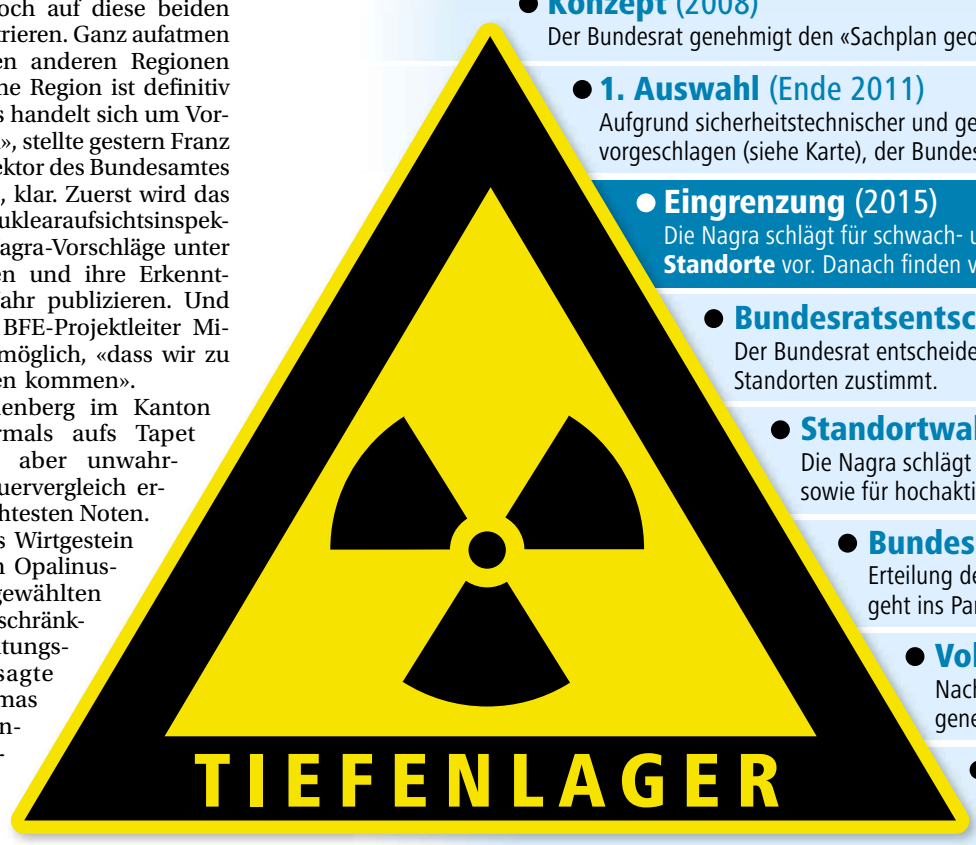
Die Schweiz ist bei ihrer schon jahrzehntelang dauernden Suche nach dem sichersten Ort einen Schritt weiter. Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) schlägt vor, die Standorte Jura Ost (Aargau) sowie Zürich Nordost (Zürich/Thurgau) näher für die Errichtung eines geologischen Tiefenlagers zu prüfen. An beiden Orten könnten sowohl schwach- bis mittel- als auch hochradioaktive atomare Abfälle deponiert werden. Die Nagra erwägt auch, an einem der beiden Standorte ein Kombilager zu bauen, wie sie gestern an einer Pressekonferenz in Bern bekannt gab.

Die restlichen vier untersuchten Standorte (siehe Grafik) würden sich zwar auch für ein Endlager eignen. Da sie im Vergleich zu Jura Ost und Zürich Nordost schlechter abschnitten, will sich die Nagra nur noch auf diese beiden Optionen konzentrieren. Ganz aufatmen kann man in den anderen Regionen indes nicht. «Keine Region ist definitiv ausgeschieden, es handelt sich um Vorschläge der Nagra», stellte gestern Franz Schnider, Vizedirektor des Bundesamtes für Energie (BFE), klar. Zuerst wird das Eidgenössische Nuklearaufsichtsinspektorat (Ensi) die Nagra-Vorschläge unter die Lupe nehmen und ihre Erkenntnisse in einem Jahr publizieren. Und dann ist es laut BFE-Projektleiter Michael Aebersold möglich, «dass wir zu anderen Schlüssen kommen».

Dass der Wellenberg im Kanton Nidwalden abermals aufs Tapet kommt, scheint aber unwahrscheinlich. Im Quervergleich erhielt er die schlechtesten Noten. So habe etwa das Wirtgestein im Vergleich zum Opalinuston bei den gewählten Standorten ein beschränktes Selbstabdichtungsvermögen, sagte Nagra-Chef Thomas Ernst. «Der Wellenberg hat auch gewisse Nachteile bei der Untersuchbarkeit. Und die Langzeitstabilität ist wegen der Lage im Alpenvorraum nicht so gut wie bei den Gebieten Zürich Nordost und Jura Ost», ergänzte er.



Der Schweizer Fahrplan



- **Konzept** (2008)
  Der Bundesrat genehmigt den «Sachplan geologische Tiefenlager» mit 3 Etappen zur Standortsuche.
- **1. Auswahl** (Ende 2011)
  Aufgrund sicherheitstechnischer und geologischer Kriterien hat die Nagra 6 Standorte vorgeschlagen (siehe Karte), der Bundesrat hat diese in den Sachplan aufgenommen.
- **Eingrenzung** (2015)
  Die Nagra schlägt für schwach- und mittel- sowie hochaktive Abfälle **je zwei Standorte** vor. Danach finden vertiefte Abklärungen statt.
- **Bundesratsentscheid I** (um 2017)
  Der Bundesrat entscheidet, ob er den von der Nagra vorgeschlagenen Standorten zustimmt.
- **Standortwahl** (um 2020)
  Die Nagra schlägt **je einen Standort** für schwach- und mittel- sowie für hochaktive Abfälle vor (ca. 2022 wird Gesuch eingereicht).
- **Bundesratsentscheid II** (2027)
  Erteilung der Rahmenbewilligung für die Standorte, Geschäft geht ins Parlament.
- **Volksabstimmung** (2029)
  Nachdem das Parlament die Rahmenbewilligung genehmigt hat, kann das Referendum ergriffen werden.
- **Inbetriebnahme** (2050/2060)
  Früheste Inbetriebnahme eines Lagers für schwach-/mittelaktive Abfälle ist 2050; für hochaktive Abfälle 2060.

Grafik: Oliver Marx, Janina Noser / Quelle: Bundesamt für Energie (BFE)

Inbetriebnahme frühestens ab 2050

Das Vergraben von rund 100 000 Kubikmeter radioaktiven Abfällen – der grösste Teil stammt von Kernkraftwerken – in helvetischem Boden liegt noch in weiter Ferne. Erst im Jahr 2027 wird der Bundesrat den definitiven Standortentscheid fällen. Frühestens 2050 soll das Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle seinen Betrieb aufnehmen, jenes für hochradioaktive nochmals zehn Jahre später. In der Zwischenzeit wird die Endlagerfrage viele politische Debatten befeuern. Denn klar ist: Am strahlenden Erbe der Kernkraftwerke vor der eigenen Haustür hat hierzulande niemand Freude. «Wir wollen kein Atomendlager», sagte gestern der Aargauer Regierungsrat Stephan Attiger (FDP). Er zeigte sich überrascht, dass die Nagra die Standortwahl bereits derart eng eingrenzte. Tatsächlich wäre es ihr offen gestanden, zwei weitere Standorte im Rennen zu belassen. Auch Markus Kägi (SVP), Zürcher Regierungsrat und Präsident des Ausschusses der Kantone, verhehlte seinen Unmut über die Nagra-Vorschläge nicht: «Die drastische Einengung der Anzahl Standortgebiete kann man in dieser Form zumindest für verfrüht halten.»

Wie in der Aktennotiz

Wirklich erstaunlich ist der Befund der Nagra indes nicht. Die beiden nun erkorenen Standorte wurden bereits in einer Aktennotiz der Nagra, die 2012 wegen einer Indiskretion publik wurde, als Favoriten genannt. Damals tauchte unter anderem der Vorwurf auf, das Auswahlverfahren verkomme zu einer reinen Alibiübung. Für Nagra-Chef Thomas Ernst offenbart das jetzt vorliegende Resultat aber vor allem, «dass unsere Fachleute gute Arbeit leisten, zu ihren Resultaten stehen und damals sinnvolle Annahmen trafen».

Mehrheit kann Endlager aufzwingen

Der Bundesratsentscheid zur Endlagerfrage unterliegt zwar dem fakultativen Referendum. Die betroffenen Standorte können ihre Positionen in Anhörungen einbringen. Über ein Vetorecht verfügen sie aber nicht. Das heisst: Die Mehrheit der nicht betroffenen Kantone kann den betroffenen Kantonen ein Endlager aufzwingen. Der Nidwaldner SVP-Nationalrat Peter Keller bedauert dies. «Wenn der Bundesrat eine überzeugende Lösung präsentiert, braucht er auch das Votum der betroffenen Bevölkerung nicht zu fürchten», sagt er. Ihm schwebt eine internationale Lösung vor – ohne die Schweiz als möglichen Standort auszuschliessen. Für den Bundesrat kommt aber ein Atomabfall-Export nicht in Frage, wie er in der Antwort auf eine Interpellation Kellers festhielt. Zum einen sieht das Kernenergiegesetz grundsätzlich die Entsorgung im Inland vor. Zum andern warnt er, dass im Falle einer Kooperation möglicherweise auch die Schweiz als internationales Lager in Frage käme. Die Landesregierung glaubt nicht, dass das Volk ein solches Szenario gutheissen würde.

Bundesrat gegen Atomabfall-Export

Keller gibt sich aber noch nicht geschlagen. Er erwägt einen weiteren Vorstoss, um gegen den «Abfallpatriotismus» anzukämpfen – und verweist auf die Zeitdimension. In der Tat dauert es 100 000 Jahre, bis schwach- bis mittelradioaktive Abfälle abgebaut sind, bei den hochradioaktiven sind es sogar eine Million Jahre. «Da ist es lächerlich, die Standortfrage in den nächsten zehn Jahren durchdrücken zu wollen», sagt Keller. Unterstützung erhält er vom Schaffhauser Ständerat Thomas Minder (parteilos): «Für jeden Hafenkäse sucht man nach internationaler Zusammenarbeit. Nur für die Lagerung der atomaren Abfälle will jedes Land selber das Ei des Kolumbus finden.» Der Vater der Abzocker-Initiative ärgert sich, dass die Schweiz die Auslandvariante nie wirklich geprüft habe.

«Wir sind und bleiben auf der Ersatzbank»

STANS «Es ist kein Freudentag für Nidwalden, aber es ist ein guter Tag», sagte der Nidwaldner Baudirektor Hans Wicki (FDP) gestern an einer Medienkonferenz in Stans. Der Wellenberg sei wohl wie alle sechs Standorte nach wie vor geeignet für ein geologisches Tiefenlager für radioaktive Abfälle. Doch zeige sich jetzt, dass er von den sechs Standorten der am schlechtesten geeignete sei.

Bereits in der ersten Auswahl (Etappe 1) habe der Kanton ein Gutachten präsentiert und gewisse Bedenken hinsichtlich der Explorierbarkeit, aber auch der Barrierenwirkung des Gesteins geäussert. Angedeutet worden sei auch, dass es mit der Langzeitsicherheit Probleme geben könnte. «Wir haben das aber damals zu wenig gut gemacht und waren darum auch in der Etappe 2, der Eingrenzung, noch dabei», so Wicki. Die ganze Region habe gut mitgearbeitet, und mit einem zweiten Gutachten habe der Kanton seine Bedenken untermauert. Neben den kantonseigenen Abklärungen habe auch die Nagra ihre Untersuchungen vertieft.

Ebenso wie Nidwalden kann der Kanton Obwalden den Entscheid der Nagra nachvollziehen. «Wir sind zwar unterirdisch nur in einer ganz kleinen Ecke betroffen», sagte Baudirektor Paul Federer (FDP) gestern. Anders sehe es aus, wenn man auf die sozioökonomischen und ökologischen Wirkungen schaue. Studien hätten gezeigt, dass beim Tourismus mit empfindlichen Einbussen zu rechnen wäre, sollte in Nidwalden ein Endlager entstehen. «Das ist für Engelberg ein entscheidender Punkt», betonte Federer. Wenngleich bisher allein sicherheitstechnische Aspekte eine Rolle gespielt hätten.

Seriös weiterarbeiten

«Wir sind und bleiben auf der Ersatzbank», räumte Hans Wicki im Gespräch mit unserer Zeitung ein. Es sei im Verfahren definiert, dass ein Standort, der nach der Etappe 1 nicht ausscheide, bis und mit der definitiven Entscheidung dabeibleibe. Im Fussball hofften die Ersatzspieler auf einen Einsatz. «Wir hoffen, dass wir nicht raus müssen», sagt Wicki. Es müsste schon ziemlich viel schiefgehen bei den anderen Orten, dass der Wellenberg wieder ins Rennen käme. «Die Wahrscheinlichkeit ist aus heutiger Sicht relativ tief, aber sie besteht», hält Wicki fest. Es gelte darum, dranzubleiben und seriös weiterzuarbeiten. Nid- und Obwalden würden sich bis zum Bundesratsentscheid im Jahr 2017 weiterhin einbringen. «Am Schluss werden wir dann sehen, ob heute ein Freudentag eingeläutet worden ist oder nicht.»

«Der Vorschlag der Nagra ist ein Lichtblick.»

HANS KOPP, GEMEINDEPRÄSIDENT WOLFENSCHIESSEN

«Der Vorschlag der Nagra ist ein Lichtblick für Wolfenschiessen und Engelberg», sagte Hans Kopp namens der beiden Gemeinden. Das mögliche Endlager beschäftige die Bevölkerung seit beinahe 30 Jahren, sagte der Wolfenschiesser FDP-Gemeindepräsident. Teilweise seien sehr heftige Diskussionen geführt worden. Die Gemeinde und die Personen, die in verschiedenen Gremien tätig seien, wollten sich weiterhin einbringen, um die Etappe 2 sauber abzuarbeiten. «Das ist aus unserer Sicht sehr wichtig», meinte Kopp, «denn schon einmal ist die Aussage eines Bundesrates über Bord geworfen worden.» Er spielte damit auf Moritz Leuenberger an. Nach einer neuerlichen negativen Volksabstimmung in Nidwalden hatte der damalige Uvek-Chef 2003 in der Antwort auf eine Interpellation im Nationalrat gesagt, es gebe am Wellenberg kein Tiefenlager. Im Jahr 2008 tauchte dann der Wellenberg wieder auf der Liste der möglichen Standorte auf.

Höchst wichtiges Zwischenziel

Mit «tiefer Befriedigung» nimmt das Komitee für die Mitsprache des Nidwaldner Volkes (MNA) Kenntnis vom überfälligen Entscheid der Nagra, den Wellenberg faktisch aufzugeben. Mit diesem Entscheid sei ein höchst wichtiges Zwischenziel erreicht, schreibt das MNA in einer Medienmitteilung. Auch wenn der Einengungsentscheid für die Lagerstandorte noch vom Bundesrat abgesegnet werden müsse. Das MNA hat seit 1986 mit mehreren Initiativen erreicht, dass Entscheidungen zum Thema Endlager zwingend dem Nidwaldner Volk vorgelegt werden müssen. Zuletzt haben die Stimmbürger 2011 eine Stellungnahme der Regierung an den Bundesrat mit fast 80 Prozent Ja-Stimmen unterstützt.

Erleichtert zeigt sich auch die Plattform Wellenberg. Sie organisiert die regionale Mitsprache und hat sich intensiv mit den verschiedenen Aspekten eines allfälligen Tiefenlagers auseinandergesetzt. Der Nagra-Entscheid bestätige die Vorbehalte, welche die Plattform gegen den Standort Wellenberg herausgearbeitet habe, sagte Projektleiter Kurt Margadant gestern in Stans.

MARTIN UEBELHART
martin.uebelhart@nidwaldnerzeitung.ch